

Die Volksbefragung vom 10. August

Im letzten Brief haben wir Euch vom bevorstehenden Plebiszit zur Regierung von Evo Morales und den neun Präfekten des Landes berichtet. Lange war es nicht klar, ob denn die Volksbefragung stattfinden werde oder nicht. Der Senat, der von der Opposition beherrscht wird, hat im Januar überraschenderweise grünes Licht für dieses „Referéndum Revocatorio“ (etwa zu übersetzen als: ‚Volksentscheid zur Abwahl‘) gegeben. Danach ging es um die Erarbeitung eines konkreten Wahlgesetzes. Dabei haben nicht nur die Nationale Wahlbehörde, sondern auch das Verfassungsgericht und die Präfekten einen Zickzackkurs gefahren, der viel Verwirrung gestiftet hat. Bis eine Woche vor dem Termin wusste niemand mit Gewissheit, ob, wie und unter welchen Bedingungen denn das Referendum stattfinden werde.

Jetzt, eine Woche nach dem ominösen 10. August und bei eine Auszählung von über 99% aller Stimmen steht das Land trotz einer ganz klaren Volksmeinung nicht näher bei einer Lösung der grundlegenden Probleme von Bolivien. Die Fronten scheinen sich nur noch mehr verhärtet zu haben, und die ersten Dialogversuche sind denn auch bereits gescheitert. Doch lassen wir nicht vorgreifen.

67,43% der bolivianischen Bevölkerung haben der Regierung von Evo Morales und seinem Vize-Präsidenten Álvaro García den Rücken gestärkt. Das bedeutet, dass Zwei Drittel aller Bolivianerinnen und Bolivianer mit dem anfangs 2006 eingeläuteten Prozess der Veränderung und einem „demokratischen Sozialismus“ einverstanden sind. Fast sieben der neun Departamente (zu vergleichen mit den Ländern in Deutschland oder den Kantonen in der Schweiz) haben die Regierung bestätigt, zum Teil mit 85%. Im Departament Tarija herrscht praktisch ein Unentschieden, und in den beiden der Regierung sehr feindlich gesinnten Departamenten von Beni und Santa Cruz haben doch noch 44%, bzw. 41% aller WählerInnen Evo Morales in seinem Amt bestätigt.

Von den acht zur Abwahl oder Bestätigung stehenden Präfekten (Vorsteher der Departamente) wurden nur zwei abgewählt, die in Korruptionsskandale verwickelt sind oder eine schillernde Rolle zurzeit der Diktatur gespielt haben. Die Präfektin von Cuquisaca wurde vor einem Monat gewählt und braucht sich also nicht dem Volksentscheid zu stellen. Von den sechs bestätigten Volkstribunen gehören vier der „Opposition“ an, geographisch gesehen dem so genannten „Halbmond“ im Osten und Norden des Landes (Tarija, Santa Cruz, Beni und Pando). Zugleich erzielte die Regierung in einem dieser „Länder“ ein praktisches Unentschieden (Tarija) und in einem anderen einen Sieg (Pando). Wie ist dies zu erklären?

Viele Departamente kämpfen seit längerer Zeit für eine gewisse Unabhängigkeit (Autonomie) von der Zentralregierung in La Paz, wie dies etwa in den föderalen Systemen der Schweiz oder Deutschlands grundgelegt ist. Damit sollte nicht nur der Bürokratie Einhalt geboten werden, sondern auch die jeweiligen Bedürfnisse der Regionen ernst genommen werden. In den vier erwähnten Departementen des „Halbmonds“ wurden im Verlaufe dieses Jahres Plebiszite zu dieser Autonomie-Frage abgehalten, die samt und sonders im Sinne einer grösseren Selbstständigkeit der Regionen ausfielen. Die Bestätigung der Präfekte hat dies nochmals bekräftigt. Zugleich möchten aber viele Menschen, trotz der gigantischen Wahlpropaganda und der Manipulation durch eine kleine Oberschicht, auch grundlegende Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen, der Umverteilung des Reichtums, des Zugangs zu Land und Bodenschätzen und einer grösseren Beteiligung am Reichtum. Deshalb haben sie zugleich auch für Evo Morales und seinen politischen Kurs gestimmt.

Ausser Spesen nichts gewesen?

Schon im Vorfeld des Plebiszits haben viele Stimmen gemeint, dass es sich eigentlich um eine sehr teure „Umfrage“, nicht aber um eine wirkliche Möglichkeit der Öffnung in der verfahrenen Situation handeln würde. Die Resultate scheinen diese Einschätzung zu bestätigen: die Regierung kann sich zwar gestärkt fühlen und findet die Legitimität ihrer politischen Entscheide in diesem Referendum, wird sich aber wohl kaum in den von der Opposition dominierten Departamenten durchsetzen können. Die Patt-Situation, die schon seit rund einem Jahr anhält, hat sich nicht entscheidend verändert. Das Positive der „Umfrage“ war allerdings, dass gewalttätige Ausschreitungen vorläufig vermieden werden konnten.

Zwar haben alle Beteiligten – ausser der Präfekt von Santa Cruz – noch in der Wahlnacht zum Dialog und Versöhnung aufgerufen, aber die ersten Anzeichen sind sehr ernüchternd. Regierung wie Opposition ziehen sich wiederum in dieselben Schützengräben zurück und versuchen, ihre Positionen um jeden Preis durchzudrücken. Die Regierung richtet sich jetzt auf die Volksbefragung zu der im Dezember 2007 unter unrühmlichen Umständen verabschiedeten neuen Staatsverfassung, während die Opposition um die Verwaltung der Erträge aus den Bodenschätzen in ihren Departamenten kämpft.

Trotzdem scheinen sich zumindest ein paar Punkte geklärt zu haben:

- Zum ersten kann nach dem Plebiszit niemand mehr an der Legitimität und Legalität der heutigen Regierung zweifeln. Während die seit der Diktatur ordentlich gewählten Präsidenten Boliviens im ersten Wahlgang nie mehr als 22% aller Stimmen vereinen konnten, schaffte Evo Morales im Dezember 2005 53,7%. Und jetzt ist dieser Anteil (auch wenn es 2005 um insgesamt sieben Kandidaten ging) auf 67,43% gestiegen, mehr als alle Präfekten der Opposition. Dies bedeutet, dass das bolivianische Volk die eingeleitete Politik der „Veränderung“ ratifiziert und die Regierung beauftragt, den Prozess fortzusetzen.
- Zweitens möchte die Bevölkerung aber auch eine Dezentralisierung und die Errichtung einer gewissen departamentalen „Autonomie“, auch ist dies nicht die massgeschneiderte der Oligarchie von Grossgrundbesitzern und Unternehmern. Und dies bedeutet, dass die Regierung die Autonomie-Frage erneut aufnehmen und möglicherweise im Rahmen einer Revision des vorliegenden Entwurfs einer neuen Staatsverfassung mit der Opposition verhandeln muss.
- Drittens ist es auch klar, dass die Bevölkerung keine „gewalttätige“ Lösung der tief liegenden und fast unlösbar scheinenden Probleme begrüsst. Ausser einigen Schlägertrupps auf beiden Seiten greift niemand zur Waffe. Der Konfrontationskurs von Regierung und Opposition – in den Figuren der Präfekte des „Halbmonds“- wird von der Mehrheit der Bevölkerung zurückgewiesen. Es gilt also, trotz allen Schwierigkeiten den Dialog zu suchen und im Rahmen der Verfassung nach möglichen Lösungen zu suchen, die für die grossen Mehrheit der Bevölkerung zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen führen.
- Und viertens hat die Bevölkerung (als Souverän) sowohl der Regierung als auch der Opposition eine demokratische Lektion verabreicht und indirekt darauf gedrängt, dass nicht nur die Legitimität, sondern auch die Legalität vollumfänglich wiederhergestellt wird. Dies bedeutet etwa, dass das Verfassungsgericht wieder besetzt und der oberste Gerichtshof eine unabhängige und unparteiische Instanz wird.

Ein noch nicht entschiedener Machtkampf

Viele Kenner der Situation sind der Meinung, dass es der Opposition (die seit rund zwei Jahren nicht mehr eine Partei oder eine Bewegung ist) im Grunde genommen um die Erhaltung ihrer Privilegien geht, die sie seit der Errichtung der Republik 1825 oder schon viel länger genossen haben. Deshalb sind ihre Kanonen auf die neue Staatsverfassung gerichtet, die mit diesen „Pfründen“ aufräumen und den Reichtum des Landes auf alle verteilen möchte. Die Landfrage (siehe letzter Rundbrief) ist dabei einer der neuralgischen Punkte, neben der Ausbeutung der Bodenschätze und der Steuergerechtigkeit.

Das Referendum muss deshalb auch als ein Versuch der Opposition gesehen werden, die Regierung zu schwächen oder gar zu Fall zu bringen, damit das Projekt der neuen Staatsverfassung vom Tisch verschwindet. Dies ist zweifellos nicht gelungen, auch wenn das Umgekehrte auch nicht der Fall ist: die Regierung hat nicht einfach freie Hand, diese Staatsverfassung handstreichartig in Kraft zu setzen, ohne eine Spaltung des Landes zu riskieren.

Dieser Machtkampf zwischen einer zum Teil noch in kolonialen und rassistischen Denkmustern verhafteten Oberschicht und dem „sozialistischen“ Kurs der Regierung hat auch durchaus internationale Dimensionen. Während die Oligarchie Unterstützung der USA, der transnationalen Unternehmen und der Befürwortern einer ungebremsen freien Marktwirtschaft hat, genießt die Regierung von Evo Morales die (moralische und wirtschaftliche) Unterstützung von Ländern wie Venezuela, Kuba, Nicaragua, Brasilien und Argentinien. Neuerdings sucht sie auch Annäherung an so genannte „Schurkenstaaten“ (eine Bezeichnung der US-Administration) wie Iran und Libyen.

Die Regierung hat also Zwei Drittel des Volkes hinter sich, nicht aber die nötigen Mittel für die Umsetzung des Veränderungsprozesses, und die Opposition beruft sich auf die wirtschaftliche Macht und setzt gezielt die Massenmedien ein, um die Regierung und dessen Programm in Diskredit zu bringen. Der Machtkampf wird sich in den nächsten Monaten wieder um den neuen Verfassungsentwurf, insbesondere die Boden- und Ressourcenfrage, konzentrieren. Die Regierung wird auch nicht daran herumkommen, die Autonomiefrage erneut aufzunehmen und mit dem Verfassungsentwurf in Einklang zu bringen.

Dass ein paar Dutzend schwerreiche Familien, einige internationale Öl- und Erdgasfirmen und die US-Botschaft ein ganzes Land in Schach halten können, erklärt sich nur aus der Geschichte Boliviens. Das Land gewann die politische Unabhängigkeit von der spanischen Krone unter Ausschluss der grossen indigenen und bäuerlichen Mehrheit, die bis 1952 keinerlei politische Rechte genoss. Während 180 Jahren regierte eine weisse oder gemischtrassige Oberschicht, sodass die Wahl von Evo Morales als Indígena (von einem der vor-spanischen Völker abstammend) als regelrechte „Revolution“ betrachtet werden muss, welche die Machts- und Eigentumsverhältnisse durcheinanderbringt. Dass die Inhaber von Privilegien sich wehren, ist an sich begreiflich, aber in einem Land wie Bolivien ein Akt absoluter Arroganz und Ungerechtigkeit.

Lassen wir hoffen, dass diese bis anhin gewaltlose „Revolution“ auch weiterhin ohne Gewalt auskommt (wie dies etwa in El Salvador oder Nicaragua der Fall war). Denn was die Mehrheit der Bolivianerinnen und Bolivianer wollen: Arbeit und ausreichendes Einkommen.